

Annoncen

Bauhause-Bureau.

In Bözen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei L. J. Krit & Co.
Breitestraße 20.
in Grätz bei J. Streissl,
in Reichenbach bei J. Müller,
in Wreschen bei J. Hirsch.

Annoncen

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Plosser.

In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Zösener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Nr. 188.

Freitag, 14. März.

Insetz 20 Pf. die sechsgesparte Politzeile oder deren Raum, Tellkamer verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 13. März. Dem kaiserlichen Konsul Heinrich Dönhardt in Lissabon ist auf Grund des Gesetzes vom 4. Mai 1870 für seinen Amtsbeirat die allgemeine Ernächtigung ertheilt worden, blügerlich gültige Eheschließungen von Reichsangehörigen vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle derselben zu beurkunden.

Dem Thierarzt Otto Regenbogen zu Neumarkt ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Kreis-Thierarzthalle des Kreises Neumarkt definitiv verliehen worden.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung.

Berlin, 13. März. Am Tische des Bundesraths: Fürst Bismarck, v. Bötticher, v. Scholz, Bronsart, v. Schleiden, v. Schelling, v. Burchard, v. Nostiz-Wallwitz u. a.

Die Tribünen sind überfüllt.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr und ertheilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich halte es für meine Pflicht, bei meinem ersten Ertheilen im Reichstage sofort die Gründe darzulegen, welche mich abgehalten haben, die Resolution des amerikanischen

Repräsentantenhauses nicht an dieses hohe Haus gelangen zu lassen.

Es könnte zweckhaft sein, ob dies noch opportun ist, nach den ausführlichen Debatten in der Presse die Sache von Neuem zu berühren,

wenn ich nicht durch die Vorfälle vor einigen Tagen genötigt wäre,

mich darüber auszulassen. Der Abg. Richter hat dabei von einer unbefreien Einmischung des Reichskanzlers gesprochen. Es könnte daher so aussehen, als ob ich muthwillig eine Amtshandlung vorgenommen hätte.

Bei seiner genauen Kenntniß der Verfassung hätte er eine solche Behauptung nicht ausspielen dürfen. Untere guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten datieren seit deren Entstehung, seit Friedrich II. sie anerkannt hat; es ist das ein Erbtheil, das wir mit in das Reich hinaufgenommen haben.

Wir haben uns damals ferngehalten, als dort der Sezessionskrieg ausgebrochen war, und haben uns in die Streitigkeiten nicht gemischt. Unser Benehmen hat daher einen dauernden günstigen Eindruck in Amerika hervorgerufen, und ich habe stets anerkennen können,

dass unsere Beziehungen vorzüglich waren. Auch 1866 und 1870 hat

man uns von dort aus Sympathien dargebracht. So lange ich Minister bin, sind unsere guten Beziehungen stets erhalten und gepflegt und bis auf den heutigen Tag nicht getilgt worden. Anfangs sah ich in der sogenannten Lassler-Resolution auch nichts weiter als den Ausdruck des Wohlwollens des amerikanischen Repräsentantenhauses für das Deutsche und würde sie ohne Weiteres dem Reichstage übermittelt haben, wenn mich nicht eine Wendung in der Resolution daran gehindert hätte.

In dem Altersstück wird die politische Thätigkeit des Verstorbenen als eine anerkennenswerthe, nützliche und namentlich für Deutschland erprobte bezeichnet. Diese Klausel könnte demand, der die Verhältnisse in Amerika nicht kennt, für einen Streich gegen meine und damit Sr. Majestät des Kaisers Politik halten, die Lassler immer bekämpft hat. Er war Mitglied einer Fraktion, der der Sezessionisten, die eine Abneigung gegen mich und die von mir vertretene Politik nie verleugnete. (Widerpruch links.) Es wird mir doch Niemand einreden wollen, dass die Sezessionisten keine Oppositionspartei gewesen wären. Jeder von uns ist nicht in der Lage, die politische Stellung irgend eines amerikanischen Abgeordneten genau zu kennen. Ebenso ist dies in Amerika in Bezug auf unsere Verhältnisse der Fall. Sie haben dort einfach nicht gewußt, wer Lassler eigentlich gewesen. Kein Amerikaner wird also nach meiner Auffassung der auswärtigen Politik, eine Beurtheilung der Kaiserlichen Politik gewollt haben. Nun ist aber die Lassler-Resolution von seinen Parteigenossen in makellose Weise in der Presse ausgebeutet worden. Wer das in einer solchen Weise thut, der beleidigt mich. Sie haben am Grabe des Verstorbenen Politik getrieben. Sie versuchten die Verdienste Lassler's nach Möglichkeit zu vergrößern und auszubauen. Das ist ja ein natürliches Verstreben. Aber die Bedeutung Lassler's war in der gegnerischen Presse in mucherer Weise ausgenutzt worden und ich konnte doch unmöglich zugeben, dass man mich vor den Triumphwagen der Opposition spannte, ich konnte doch unmöglich eine Resolution, welche sich als eine Kritik der Politik des Kaisers charakterisiert, mit meinem Veto versehen. Die Anerkennung des Abg. Richter stellt mich mit dem Briefträger in eine Kategorie. Anders kann ich es doch nicht auffassen. Aber ich möchte ihm doch empfehlen, sich den Unterschied zwischen mir und einem Briefträger klar zu machen. (Heiterkeit.) Die Resolution war eine amtlich an mich gerichtete Zuschrift und ich brauchte zu ihrer Uebermittelung die stillschweigende oder ausdrückliche Genehmigung des Kaisers. Diese konnte ich hier unmöglich nachsuchen, und das Vorgehen der oppositionellen Presse musste mich veranlassen, dieser Klausel zu meinem Bedauern, gröberes Gewicht beizulegen. Lassler hat gleich bei seiner Ankunft in Amerika Stellung genommen und sich nach Zeitungsberichten dort als Vorkämpfer für Deutschlands Freiheit gegen die freiheitseindlichen Mächte hingestellt, als ob der Kaiser und ich der freiheitlichen Entwicklung im Wege ständen. Ich hätte erwartet, dass der hiesige Vertreter von Amerika mit unseren Verhältnissen so vertraut sei, um die Uebermittelung nicht zu übernehmen. Mir blieb demnach nichts übrig, als die mir augebaute Briefträgerrolle abzulehnen. (Verlust seine Antwort.) Was man in oppositionellen Blättern darüber liest, ist derartig, dass ich meinen Mund zur Widerlegung öffnen muss. Man sieht es so dar, als ob ich die reaktionäre Politik wieder aufgenommen. Man behauptet, ich hätte da eine schöne Suppe eingebrockt, die müßten wir nun aussieben. Ich muss doch erwähnen, dass die Resolution von dem Repräsentantenhaus ausgegangen ist und nicht den üblichen Weg durchgemacht hat. Die nationalliberale Fraktion, welcher der Abg. Lassler angehörte, hat mir viel genützt, und ich habe das stets anerkannt. Sie bat mir zur Seite gestanden, als sonst Niemand meine Politik unterstützte. Aber der Abg. Lassler gerade hat sie nach Möglichkeit zu schwächen gesucht. Er hat es durch seinen Einfluss zu Stande gebracht, die Trennung der nationalliberalen Partei zu bewirken. Er ist dann zur Sezession übergegangen und hat die Brücke betreten, die zum fortschrittlichen Ufer führt. Aber, dass er die Sezession nach links hinüberzogen hat, dafür bin ich ihm dankbar. (Unruhe.) Ich habe doch so gut wie jeder Preuse das Recht, meine Meinung frei zu äußern. (Heiterkeit.) Ich bemerke, dass ich die Entfremdung, die zwischen mir

und der nationalliberalen Partei seit 1878 eingetreten ist, hauptsächlich für Lassler's Werk halte. Das Wenige, was ich für Deutschland habe thun können, hat er mir sehr sauer gemacht. Ich hatte erwartet, über diese Sache interpellirt zu werden, und so Gelegenheit zu haben, mich über die Motive meiner Handlungsweise auszusprechen und die guten Beziehungen zwischen uns und Amerika zu konstatiren. Der Missbrauch, der damit getrieben worden ist, gipfelt in dem Verluste, mich selbst in der Politik in eine schiefe Stellung zu bringen. Sie werden sich doch jedenfalls erinnern, dass zwischen dem Blaue, wo der Abg. Lassler saß, und dem, wo ich hier sitze, die unfreundlichsten Worte gewechselt worden sind. Denken Sie sich doch den Fall auf englische Verhältnisse übertragen. Wenn z. B. das Herrenhaus bei dem Tode eines reakt. onären Mitgliedes des englischen Parlaments eine solche Resolution fassen und dorthin schicken würde, so ist kein Zweifel, dass diese dasselbe Schicksal, wie die amerikanischen haben würde. Ich hatte von Repräsentantenhaus nichts Anderes erwartet, als dass es sein Wohlwollen uns gegenüber aussprechen würde und es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass wir dasselbe in jeder Hinsicht erwiedern. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hanel: Ich bitte um's Wort zur Geschäftsordnung. Präsident v. Levetzow macht den Abg. darauf aufmerksam, dass nach der Geschäftsordnung in eine Debatte über die soeben gehörte Rede des Reichskanzlers ohne besonderen Antrag nicht eingetreten werden kann.

Abg. Dr. Hanel: Der Herr Reichskanzler hat das Recht, jederzeit hier im Hause das Wort zu ergreifen. Im Sinne dieses Rechtes liegt es doch jedenfalls, dass, wenn der Herr Reichskanzler hierbei irgend eine Partei des Hauses angegriffen hat, der interessirten Seite des Hauses eine Erwiderung zusteht.

Präsident v. Levetzow: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir im Augenblicke noch gar nicht in die Tagesordnung eingetreten sind.

Abg. Dr. Hanel: Herr Präsident, Sie haben dem Herrn Reichskanzler das Wort vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilt, haben also auch das Recht, das Wort vor der Tagesordnung weiter zu ertheilen.

Präsident v. Levetzow: Der Herr Reichskanzler hat das Wort gehabt auf Grund seines Rechtes. Ich für meine Person bin geneigt, auch dem Abg. Dr. Hanel das Wort zu ertheilen, falls sich kein Widerpruch erhebt. Es geschieht nicht — ich erhebe dem Abgeordneten das Wort, konstatiere jedoch hierbei, dass es gegen die Geschäftsordnung geschieht.

Abg. Dr. Hanel: Sie werden nicht erwarten, dass ich auf das Urtheil des Herrn Reichskanzlers über Lassler einginge, ich will bier kein Todengericht einführen, wie es der Herr Reichskanzler gethan hat. Ich glaube nicht, dass Fürst Bismarck berufen ist, über die, die er für seinen Gegner hält, ein Urteil abzugeben. Wenn man, wie der Herr Reichskanzler für einen Verborbenen sein Wort der Anerkennung hat trotz all' der Anhänglichkeit und Sympathie, die der Verborbene für den Reichskanzler gehegt hat, dann muss ich sagen, es war vielleicht irgendemand auf der äußersten Rechten, nicht aber der Herr Reichskanzler, der ein Urteil über Lassler abgegeben hat. Ich glaube, dass dieser Eindruck sich auch in den Kreisen Bahn brechen wird, wo der Herr Reichskanzler es am wenigstens glaubt. Der Herr Reichskanzler hätte bei seinem Urteil über Lassler sich nicht auf sensationelle amerikanische Zeitungsberichte, sondern auf einen Deutschen berufen sollen, auf Paul Lindau, der die letzte Rede Lasslers in Amerika gehört und sie in der „National-Zeitung“ wiedergegeben hat. In einer Versammlung in Amerika war Lassler vorgeworfen worden, er sei ein Gegner des Reichskanzlers. Da stand er auf, hielt eine begeisterte Lobrede auf Fürst Bismarck und erklärte nur ein Gegner einzelner Phrasen der reichskanzlerischen Politik zu sein. Warum hat der Herr Reichskanzler auf diese Anerkennung nicht hingewiesen? — Wenn ich zu den übrigen Aussführungen des Kanzlers übergehe, so kann ich nur meine Befriedigung darüber aussprechen, dass er die Zurückweisung der Resolution ausdrücklich nicht als eine Feindseligkeit gegen Amerika angesehen wissen will; im Uebrigen aber war seine Begründung ziemlich schwach. Eine so schnell im Repräsentantenhaus hingeworfene Resolution kann doch als leichtes Ziel nicht die Beurtheilung der deutschen Politik, sondern eben nur das einer Beileidsbezeugung haben. Da sie also nur eine Beileidsbezeugung war, warum hat der Herr Reichskanzler nicht das allgemeine menschliche Gefühl berücksichtigt und anerkannt, dass über einen Todten leicht etwas mehr als ihm zulommt, gesagt werden kann? Dass er dies nicht gethan, dafür muss man nach den Motiven suchen und die kann ich nur darin finden, dass der Herr Reichskanzler damit entweder ein absäßiges Urteil über einen Todten hat fällen, oder uns an einem Danke für die Resolution des Repräsentantenhauses hat verhindern wollen. — Dass nicht Parlament mit Parlament direkt verkehren kann, gebe ich dem Fürsten Bismarck völlig Recht. Es wäre ein solches Verlangen auch ganz widerständig, es müsste ein Querloß sein, der das haben wollte. Wenn der Herr Reichskanzler weiter sagt, die Resolution sei nicht vom Kongress, sondern allein vom Repräsentantenhaus erlassen worden, so zeigt doch dies gerade, dass es sich nicht um eine offizielle Rundgebung handelt. Was hätte es dann also geschadet, wenn wir die Resolution erhalten und durch Vermittelung des Herrn Reichskanzlers dem Repräsentantenhaus für die Adressen gedankt hätten? Es scheint aber, dass die Ursache der Ablehnung nur die gewesen ist, um die Politik Lasslers und seiner Partei zu tadeln und so nicht nur eine Bekämpfung des Lebens, sondern auch des Todten auszuüben. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Abg. Dr. Hanel hat meine Motivirung als schwach bezeichnet; ich bedaure meine Schwäche. Jeder kann aber doch nur geben, so viel er hat. Ich will ihm auch sein Kompliment nicht zurückgeben. Ich muss nur um Nachsicht bitten und mich bescheiden: vielleicht ist Alles, was ich gesagt habe, Irrthum, vielleicht hat Lassler gar nicht der Opposition angehört, vielleicht hat er gar nicht meine Politik bekämpft. (Heiterkeit rechts.) Wenn der Herr Vorredner von einem Todengericht gesprochen hat, so trifft dieser Vorwurf nicht mich, sondern diejenigen, welche den toden Lassler gegen mich ausgespielt haben. (Beifall rechts.) Auf das was der Vorredner von allgemein menschlichen Gefühlen gesagt, kann ich nicht eingehen, ich bin hier um Geschäfte zu besprechen, nicht aber, um mich über Sentimentalitäten zu unterhalten. Abg. Hanel hat mir vorgeworfen, dass ich in meines Herzens Härtigkeit nicht der Anhänglichkeit Lasslers für mich gedacht habe. Aber ich danke für solche Anhänglichkeit, die als Waffe gegen mich verwendet wird. Es wurde namentlich bei den Wahlen diese Anhänglichkeit betont, das Publikum war damals noch nicht reif, in offener Opposition gegen mich gewonnen zu werden. Ich will damit gegen Lassler nichts Böses sagen, ich spreche ihn von

jeder Doppelgängigkeit frei, aber er hatte leider am Donnerstag immer eine andere Meinung als am Montag vorher. Und ich kann doch deshalb seine Anhänglichkeit an mich nicht besonders anerkennen, weil Herr Paul Lindau sagt, Lassler hätte mich gelobt. — Seinen Zusatz in den Resolutionen, der meine Politik angreift, bezeichnet Abg. Hanel als eine Neuierung des Herzens; für ihn mag ja die Verurtheilung des Geistes Herzengeschichte sein, für mich ist es dies nicht. Der Zusatz schien mir für die Politik des Reiches nachteilig und deshalb habe ich die Übermittlung der Resolution abgelehnt. Sie auf der Linken aber haben den Geist des Verstorbenen sitzt, Sie haben Spiritualismus getrieben mit seinem Namen; mögen Sie allein sprechen oder in seinem Namen, für mich ist dies gleichgültig. — Abg. Hanel hat die Forderung eines direkten Verkehrs von Parlament zu Parlament als widerstrebend bezeichnet. Ich habe mich so sehr nicht ausdrücken wollen, weil einige Berliner Blätter, die diese Forderung aufgestellt hatten, sich davon hätten getroffen fühlen können. Ich möchte den Abg. Dr. Hanel bitten, seine Zeitungen zur Dementirung ihrer widerstrebenden Forderung aufzufordern. — Dem Repräsentantenhaus Dank zu sagen, steht ja übrigens dem Abg. Hanel völlig frei. Wer bindert ihn denn, mit seiner Klientel von 110 Freunden (Heiterkeit rechts) dem Repräsentantenhaus zu danken? Stellen Sie doch einen Antrag hier, um den Dank zu votiren, aber verlangen Sie nicht, dass er von mir ausgehe. Und endlich, Herr Abg. Hanel, wenn ich wieder schwach gewesen sein sollte, so verzeihen Sie mir, aber ich bitte Sie, mir nicht vor versammeltem Kriegsvolke meine Schwäche vorzuwerfen. (Beifall rechts.)

Die Diskussion ist damit beendet.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und nimmt hierauf ohne Diskussion den Antrag des Abg. Mayer (Württemberg) an wegen Siftrung des gegen den Abg. Köhl bei dem Amtsgericht I. zu Würzburg schwebenden Strafverfahrens.

Es folgt die erste Beratung der Unfallversicherungsvorlage.

Abg. von Vollmar (Sozialdemokrat): Ohne die sozialistische Bewegung bis zum Jahre 1880 wäre es weder der Regierung, noch diesem Hause eingefallen, eine solche Vorlage einzubringen oder zu verlangen. Das es hier trifft, will ich nicht behaupten. Von Thronrede zu Thronrede sind wir auf diese Vorlage vertröstet worden, die Redner aller Parteien haben ihr Votum für das Sozialistengesetz abhängig gemacht. Von dem Erlass einer solchen die Arbeiter sichernden Vorlage. Nun frage ich, was ist erfolgt? Während 2½ Jahren schien man die Dringlichkeit der Vorlage vergessen zu haben, erst 1881 erschien die erste Vorlage. Man war allgemein erstaunt, dass diese Vorlage, welche die Sozialdemokratie befürworten sollte, oft in Wendungen sprach, die sonst nur bei uns üblich sind. Es schien, als ob die Regierung die von ihr konföderierte sozialistische Literatur zum Zwecke der Vorlage eifrig studiert hätte. Auch die Mittel, die die Vorlage vorschlug, erschienen der Bourgeoisie als wesentlich sozialistisch. Die Vorlage wurde nicht angenommen, der zweiten Vorlage wurde ein Begegnung in der Resolution Frankenstein gegeben und fest haben wir nun die dritte, freilich gründere Vorlage. Die Regierung ist der Bourgeoisie Schritt für Schritt entgegenkommen. Wenn ich mir vergegenwärtige, wie hartnäckig sonst die Regierung und ihr Chef auf ihren Plänen beharrt, so muss ich fragen, warum diesmal nicht? Der Grund dafür ist das Bestreben, in dieser Session um jeden Preis etwas zu schaffen. Man sieht ein, dass man zu viel versprochen und innerhalb sechs Jahren die Versprechungen nicht erfüllt hat. Und für die Wahlen besonders erscheint es nothwendig, dass diese Vorlage durchgebracht ist, die Regierung sich sonst für bankrupt erklären muss. — Die Regierung hat in ihren Motiven ausgesprochen, dass das Hauptpflichtgesetz sich keineswegs bewährt hat; trotzdem knüpft sie doch an das Gesetz an und behält seine Fehler bei. Sie schließt das Baugewerbe und die Eisenbahnarbeiter von den Vortheilen der Vorlage aus, sie macht zwischen Fabrik- und Handwerkbetrieb einen Unterschied, der dem Volke unverständlich ist, sie schließt einzelne Arbeiter von den Prämien aus, während doch sämtliche Arbeiter das Risiko der Versicherung mittragen müssen. Trotz der Resolution Frankenstein haben die ländlichen Arbeiter keine Vertrücksicherung gefunden, während meine Partei dringend fordern muss, dass auf alle Arbeiter diese Vorlage ausgedehnt wird. Unverständlich bleibt es mir, warum man die unehelichen Kinder befreidiger Arbeiter von der Unterstützung ausschließen will — das ist doch eine sonderbare Anwendung des praktischen Christenthums. — Das Gesetz soll nach den Motiven nur auf zwei Millionen Arbeiter Anwendung finden — das ist doch gegenüber den großen Versprechungen nur ein winziges Mäuslein, das da der kreisende Berg geboren hat. Das einzige Besitzthum des Arbeiters ist seine Arbeitskraft; wird ihm diese durch einen Unfall genommen, so muss er eine genügende Entschädigung erhalten, nicht nur, wie die Vorlage es feststellt will, zwei Drittel seines bisherigen Arbeitslohnes. Zum Mindesten darf man doch verlangen, die Invaliden der Arbeit ihm mit den Invaliden des Krieges gleichzustellen. Und da zeigt sich, dass die Offiziere mehr Pension erhalten, als ihr Gehalt beträgt, während die Arbeiter nur zwei Drittel ihres Arbeitslohnes erhalten sollen. — Für Lehrlinge, die noch keinen Lohn beziehen, will die Vorlage bei Unfällen nicht mehr als 200 Mark jährlich Entschädigung erhalten — also ein Krüppel soll sich 50, 60 Jahre mit einer solchen Summe durchschlagen. Wie stimmt dies mit Ihren sozialpolitischen Versprechungen? — Wir kommen nun zu der Frage: wen zahlt die Entschädigungssumme? Nicht allein der Unternehmer, wie es anfangs sagten, denn durch die Bestimmungen der Krankenkasse müssen selbst die ärmeren Arbeiter 13 Wochen hindurch jedesmal dem Unternehmer die Last tragen helfen. Dieser Beitrag ist keineswegs ein geringer; die Arbeiter werden fast zu zwei Dritteln die Summen zu tragen haben. — Die Berufsgenossenschaften sind im organischen Theil dieser Vorlage; damit sind wir einverstanden. Charakteristisch ist es aber, dass auch hier mit der Organisation der Bourgeoisie, des Kapitals begonnen wird, während man unserem Antrage auf Organisation der Krankenkassen seinerzeit entgegnetreten ist. Die einfachsten unchuldetesten Organisationen der Arbeiter will man nicht dulden. Die freien Gütslässen will man an den Vortheilen dieses Gesetzes nicht teilnehmen lassen. Und doch haben gerade die Arbeiter das Hauptinteresse an diesem Gesetze, nicht nur mit ihrem Gelde, sondern mit Lieb und Leben. — Einige Punkte, die nur das Kapital berühren, will ich hier nicht anführen; das Kapital hat ja hier Vertreter genug, um sich schützen zu können. Hervorheben aber will ich, dass das Gesetz einen großen Sporn zu noch größerer Konzentration des Kapitals gibt. Die kleinen Kapitalisten werden es schwer haben, den Bestimmungen der Vorlage nachzukommen. Eigentümlich ist es doch aber, dass gerade die Handwerker und innungsfreundliche Regie-

zung es ist, die auf Kosten des Handwerks hier das Großkapital fördert. Wenn Sie darauf eingehen, daß die Entschädigungen genügend gezahlt werden, bin ich ganz einverstanden mit der Bestimmung, daß Entschädigungen nach dem Gemeindegesetz nicht zu zahlen sind; wenn die Entschädigungen aber nicht ausreichen, so muß ich doch diese Entschädigung nach dem Gemeindegesetz verlangen. — All diese Bedenken zeigen, wie recht wir hatten, als wir sagten, die Regierung hat nicht die Kraft und den Willen, die sozialpolitischen Bedürfnisse zu erfüllen. Wenn die Thronrede behauptet, daß die diesmalige Vorlage erst das Rechte trifft, so ist das doch wahrlich ein Armutszeugnis für die früheren. Jede Sozialreform, die nicht von der ehrlichen Absicht ausgeht, die Lage des Volkes zu bessern, und nicht den Kern der Sache trifft, bleibt aussichtslos. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das Sie treiben. M. H., das Feuer ist für uns ein freudlich Element (Gelächter), aber man muß damit umzugeben wissen. Sie haben die 6 Jahre Ihrer Arbeit benutzt, um zu zeigen, daß Sie nichts auf diesem Felde leisten können. Wir haben sechs Jahre Unterdrückung hinter uns und die Regierungsvorlage sagt, unser Selbstgefühl ist gestiegen. Und in der That unter Selbstgefühl ist gesiegt und mit vollem Recht. Alles was gegen uns geschehen ist, ist nur eine nützliche Kraftverwendung geblieben. Wollten wir eine Bosheitspolitik spielen, so würden wir die Vorlage annehmen. Da wir eine solche Bosheitspolitik jedoch nicht treiben, da wir nur dem Volke nützen wollen, werden wir die Vorlage ablehnen.

Abg. Frbr. v. Malzahn-Güss: Die Schlusssätze haben so geläutet, wie ich sie erwartet habe. Der Redner wird damit die Thatache nicht aus der Welt schaffen, daß die Regierung und die Rechte bemüht gewesen ist, die sozialpolitischen Missständen Abhilfe zu schaffen. Wir stehen heute der dritten Vorlage gegenüber, ich will sie nicht im Einzelnen durchgehen. Aber wir müssen uns fragen: wie stehen wir der Vorlage gegenüber? So, daß es uns sehr schmerzen würde, wenn auch in der letzten Session des Reichstages eine Einigung über diese Vorlage nicht erzielt würde. Wir müssen uns überlegen, wie weit können wir Gedanken von anderer Seite bestimmen. Unser Ziel ist die möglichst auskömmliche Sicherung aller Arbeiten; wir halten es für möglich, dieses Ziel auf dem Wege des allgemeinen Versicherungswanges, wie es die verbündeten Regierungen wünschen. Die nationalliberale Partei hat sich gegen diesen Versicherungszwang ausgesprochen, während das Zentrum den staatlichen Behörden hierbei nicht das Maß von Einfluss zugestehen wollte, wie wir. Es wird sich in der Kommission zeigen, ob diese Gegnerschaften noch bestehen und mit welcher Partei es nur möglich sein wird, das Gesetz durchzubringen. Die Einbeziehung der Fort- und landwirtschaftlichen Arbeiter in dieses Gesetz halten auch wir für wünschenswert; ob es bei dieser Vorlage schon möglich sein wird, erscheint mir zweifelhaft. Auch die Unterscheidung zwischen Fabrik- und Handwerksbetrieb scheint mir in der von der Vorlage gegebenen Form ungünstig und rein mechanisch. Ebenso halte ich die Frage über die Kostentragung während der ersten 13 Wochen für sehr diskutabel. Dies wie die Frage der Organisation und noch mancherlei Anderes wird die Kommission zu prüfen haben. Neu in dieser Vorlage ist die Schöpfung des Reichsversicherungsamtes, das nur eine Konsequenz des ganzen Gesetzes ist. Aus all' diesen Gründen ersehen Sie, daß ich nicht ohne Kritik der Vorlage gegenüber stehe. Ich glaube aber, wir sollen nicht das Bessere des Guten Feind sein lassen und wenn wir in dieser Vorlage Brauchbares finden, so sollten wir uns über das Zustandekommen derselben hier im Hause auch zu einigen suchen. (Beifall rechts.)

Abg. Dechelhäuser (auf der Tribüne schwer verständlich): Meine Bedenken richten sich zunächst gegen die Rechtsänderungen, welche § 1 des Entwurfs in Bezug auf die Aufnahme der Arbeiter in dieses Gesetz aufstellt, während man doch gerade ein Gesetz für die Sicherung aller Arbeiter erwartet hat. Ebenso sehr muß ich mich gegen die lange Frist von 13 Wochen erklären, während welche die Krankenkassen herangezogen werden sollen. In hohem Maße muß ich dann ferner gegen die Tendenz der Vorlage eintreten, welche auf eine Vernichtung der privaten Versicherungsgesellschaften abzielt. Ich muß diesen Widerspruch hier nicht nur erheben als Mitglied dieses Hauses, sondern auch als Industrieller. Eine große Anzahl von Schreibern seitens Großindustrieller mit zahlreichem Arbeitervorstand könnte ich Ihnen vorlegen, in welchen energisch für die Arbeiterversicherung die Beibehaltung des bisherigen Modus der privaten Versicherungsgesellschaften, der sich sehr bewährt hat, eingetreten wird. Mit der Schaffung eines Reichs-Versicherungsamtes in der Art, wie es die Vorlage will, kann ich also, in Übereinstimmung mit zahlreichen Fachverbänden, mich nicht einverstanden erklären. Es kann sehr gut an dem Versicherungzwange festgehalten werden und doch jedem Einzelnen freigestellt bleiben, wo er die Versicherung seiner Arbeiter bewirken will. (Der Reichskanzler verläßt den Saal.) Redner gibt dann eine sehr eingehende Uebersicht über Stand und Praxis des privaten Versicherungswesens, für welches er nochmals das Wohlwollen des Hauses erbittet und gibt zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß es der Kommission gelingen werde, aus der Vorlage ein brauchbares Gesetz zum Wohle des Vaterlandes herzustellen.

Das Haus vertrat sich.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Unfallversicherungs-Vorlage.
Schluß 4½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 13. März.

— Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bewilligung von Mitteln zu Zwecken der Marineverwaltung nunmehr zugegangen. Danach wird der Reichskanzler ermächtigt, zu den aus der Beilage 1 ersichtlichen Beschaffungen und Herstellungen den Betrag von 18 790 000 Mark zu verwenden, die Mittel zur Deckung dieser Summe im Wege des Kredits flüssig zu machen und zu dem Zwecke in dem Nominalbetrage, wie er zur Beschaffung des angegebenen Vertrages erforderlich sein wird, eine verzinssliche, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Juni 1868 zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzanweisungen auszugeben. — Nach der citirten Beilage sind zu verwenden: Zum Bau von 70 Torpedobooten einschließlich der dazu gehörigen artilleristischen und Torpedo-Armierung 16 800 000 M., zur Herstellung unterseeischer Torpedobatterien an der Küste der Ostsee einschließlich der dazu gehörigen Torpedos 857 000 M., zur von Anlage elektrischer Beleuchtung auf den Werften Kiel und Wilhelmshaven 348 000 Mark, zur Vervollständigung der Kriegsbekleidung 785 000 M.

— Wie man der „Frankf. Blg.“ mittheilt, gehen die Anträge der „Zucker-Equitation“ an den Bundesrat erstattet, dahin, die Rübensteuer von 80 auf 85 Pf. zu erhöhen und die Ausfuhr-Bonifikation für Rohzucker von 9 Mark auf 8,60 Mark zu ermäßigen.

— Die Mittheilung eines Berichterstatters wegen der gegen den Dichter Krauseksi erhobenen Anklage bedarf, laut der „Blg. Blg.“ infoweit der Berichtigung, als es sich nicht um Landfriedensbruch, sondern um Landesverrat handelt und als die Anklage zwar vom Ober-Rechtsanwalt beantragt, vom zu-

ständigen ersten Strafgericht aber noch keineswegs beschlossen worden ist.

— In der ersten Kammer des Königreichs Sachsen hat vor einigen Tagen der Regierungskommissar, Geh. Rath Helb, die bedauerliche Erklärung abgegeben, daß sich die Königliche sächsische Regierung jedem Gesetze gegenüber wegen Entschädigung unschuldig Verurtheilt im Bundesrathe ablehnen verhalten werde.

Pest, 13. März. In Beantwortung der Interpellation Helfy's über die Stellungnahme Österreich-Ungarns zu der deutsch-russischen Annäherung erklärte Ministerpräsident Tisza im Abgeordnetenhouse, es habe sich nichts ereignet, was die zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bestehende und fortwährend bestehende intime Allianz betrifft der Natur und Zielen dieser Intimität im Geringsten alterieren würde. Diese Allianz bestehe zur Erhaltung des Europäischen Friedens. Wenn sich auch andere Mächte derselben näherten, ohne sich wie ein Keil dazwischen drängen und das Verhältnis alteriter zu wollen, so äußere sich darin nichts anderes, als die Wirkung und Kraft des Bündnisses und die Garantie dessen, was in Ungarn Federmann wünsche die Erhaltung des Friedens. (Beifall.) Die Zeitungsnachricht, wonach Russland eine Störung des Friedens anstrebe durch Annäherung und Störung des Freundschaftsverhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland, sei aus der Luft gegriffen. Der Ministerpräsident betonte wiederholt, daß das in Ungarn auf das Freudigste begrüßte Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn unversehrt bleibe. Die Antwort des Ministerpräsidenten wurde vom Hause und vom Interpellanten beifällig zur Kenntnis genommen.

Christania, 13. März. In der heutigen Sitzung des Reichstags fand die Verhandlung gegen den Staatsminister Kierulf statt. Der Angeklagte war in Person erschienen, sein Vertheidiger legte ein Schreiben der Vereinigung der Mitglieder der Linken der Storting vor, in welchem dieselbe die Aushändigung ihres Verhandlungsprotokolls verweigert. Der Vertheidiger legte im Namen der Gerechtigkeit hiergegen Protest ein und verließ mit dem Angeklagten den Sitzungssaal. Der Ankläger beantragte, zu beschließen, daß der Staatsminister Kierulf sein Amt als Staatsminister und als Mitglied des königlichen Raths verwirkt habe. Die Urteilsfassung beginnt nächsten Montag.

Paris, 13. März. Im Senat wünscht Savardie die Regierung wegen Egyptens zu interpelliren, Ministerpräsident Ferry wies auf die großen Inkovenienzen hin, zu denen die Diskutirung der egyptischen Frage im gegenwärtigen Augenblick führen werde und verlangte, daß die Interpellation auf unbefristete Zeit vertagt werde. Der Senat beschloß, die Verathung der Interpellation bis nach den Osterferien zu vertagen. — Dem „Temps“ zufolge wäre General Lallemand, bisher Kommandirender des 1. Armeekorps, zum Präsidenten des Generalstabskomites an Stelle des Generals Hartung designirt, General Billot würde zum Kommandirenden des 1. Armeekorps, General Saussier zum Militär-Gouverneur von Paris, General Loyer zum Kommandirenden des 19. Armeekorps und General Davoust an Stelle des General Berthier zum Kommandirenden des 4. Armeekorps ernannt werden.

London, 13. März, früh. Aus Suakin vom 13. früh 12 Uhr 5 Min. wird gemeldet: Die englischen Truppen trafen gestern Nachmittag 4 Uhr in Tamanib, 17 Meilen von Suakin, ein, wo sie auf starke feindliche Streitkräfte, welche in Gräben verborgen lagen, stießen. Der Feind schoß aus seinem Versteck auf die Vorhut der Engländer, zeigte sich aber nicht weiter. Die englischen Truppen führten 7 Geschütze mit sich, das Eingreifen der Kavallerie wird durch ungünstiges Terrain erschwert. Die Kavallerie war gezwungen, sich in Folge Wassermangels bis nach Zereba zurückzuziehen; in den gegenwärtigen Stellungen des Feindes ist reichlich Wasser vorhanden. — Ein Telegramm aus Suakin vom 13. 2 Uhr 20 Min. früh, meldet: Die englischen Truppen haben etwa eine Meile vom feindlichen Lager Stellung genommen. Es ist nicht bekannt, ob sich Osman Digma bei den Aufständischen befindet.

London, 13. März, Nachm. Eine dem Kriegsministerium zugegangene Depesche General Grahams meldet: Das Lager des Feindes ist nach heftigem Kampfe genommen worden, unser Verlust beträgt an Toten etwas mehr als 70, an Verwundeten etwa 100. — Nach in Kairo eingegangenen Melbungen hat General Graham an den Tamaiquellen, wo Osman Digma's Lagerplatz war, sein Lager aufgezogen, die Aufständischen schlugen sich mit großer Hartnäckigkeit, der Kauf war weit lebhafter als derjenige bei El Teb. Über die Verluste der Aufständischen ist noch nichts bekannt.

Rom, 13. März. Alle gestern von den Journalen gebrachten Gerüchte über eine Demission des Kabinetts werden in Regierungskreisen als vollständig unbegründet bezeichnet. — Dem Journal „Capitano Fracasso“ zufolge beschloß der Ministerrath, für jetzt jeden Gedanken an eine Rekonstruktion des Kabinetts auszuschließen und auf alle Fälle ein Votum der Kammer abzuwarten.

Petersburg, 13. März. Das „Journal de St. Petersburg“ erklärt die Nachricht des „Standard“ von der bevorstehenden Ernennung eines russischen Gesandten in Afghanistan auf das Entschiedenste für unbegründet.

Locales und Provinzielles.

Posen, 14. März.

r. Der Verein der deutschen Fortschrittspartei hielt gestern Abends 8 Uhr im Handelssaal eine außerordentliche Generalversammlung zu dem Behufe ab, um über die Stellungnahme des Vereins zu dem Vorschlag des Central-Wahlkomites, die Fortschrittspartei mit der liberalen Vereinigung zu einer Partei zu verbinden, Besluß zu fassen und die Delegirten zu dem am 16. d. M. in Berlin stattfindenden Parteitag zu wählen. Der Vorsitzende, Bankdirektor C. Meyer, eröffnete die Versammlung zunächst mit der Mittheilung, daß der in der ordentlichen Generalver-

sammlung am 6. Februar d. J. gewählte Vorstand des Vereins in seiner Sitzung am 10. d. M. sich folgendermaßen konstituierte: Vorstand Bankdirektor C. Meyer, stellvertretender Vorstand Rechtsanwalt Fahl, Rendant Stadtrath Ferd. Schmidt, Schriftführer Kaufmann Hermann Meyer. In derselben Sitzung sei auch die Einberufung der heutigen Versammlung beschlossen.

Kaufmann Ad. Kantorowicz (Vorstands-Mitglied) hielt hierauf eine Ansprache, in welcher er die Bedeutung der vorliegenden Frage erörterte. Vor wenigen Wochen sei in der ordentlichen Generalversammlung des Vereins von bereitem Munde dem Andenken Laskers ein warmer Nachruf gewidmet worden. Dieses Oster habe fallen müssen, damit die entschieden liberalen Parteien sich über der Babre Laskers die Hände reichten. An der Leiche Laskers sei es klar geworden, wie tief wir in der Reaktion stecken. Den Konservativen sei es darum zu tun, alle müßigen Errungenheiten der letzten Jahrzehnte wieder in Frage zu stellen und zu vernichten. Trotzdem nun in der neuesten Zeit besonders durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen die Macht der Regierung sehr verstärkt worden sei, wolle man noch immer Mehr einheimsen, in immer mehr Gebiete eingreifen. Gegenüber allen diesen Bestrebungen sei vor einer Woche, wie ein befreiender Gedanke, die Nachricht durch alle öffentlichen Blätter gegangen, daß die beiden wahren liberalen Parteien sich zu einer neuen „deutschen freisinnigen Partei“ zu vereinen beabsichtigen. Gewiß sei es den Führern der Fortschrittspartei, Richter, Birchow etc. schwer geworden, den Namen der Partei, die so lange erfolgreich gegen die Reaktion gekämpft hat, abzuwerfen; es sei dies aber den reaktionären Bestrebungen gegenüber notwendig geworden, und Rücken an Rücken würden von nun an beide entschieden liberalen Parteien, mit einander vereint, kämpfen. — Redner verlas hierauf das von beiden Parteien vereinbare Programm der deutschen freisinnigen Partei (s. Nr. 167 der „Posener Zeitung“) erörterte die einzelnen Punkte desselben und wies insbesondere darauf hin, daß die Fortschrittspartei der liberalen Vereinigung die Feststellung der Friedensstärke innerhalb jeder Legislaturperiode konzediert habe. Wer sich mit diesem Programm einverstanden erklärte, gehöre zu der wahren freisinnigen Partei. Der Vorstand des Posener Vereins der deutschen Fortschrittspartei habe einstimmig beschlossen, sich dem Programm der deutschen freisinnigen Partei anzuschließen, und empfahl der Versammlung ein Gleichtun. Kan möge hierfür sich auch von der Erwägung leiten lassen, daß in unserer Stadt schon bisher alle wahren freisinnigen, wenn sie auch nicht der Fortschrittspartei angehörten, bei den Wahlen mit dieser gestimmt haben; man möge im Interesse der liberalen Sache den Anschluß an die deutsche freisinnige Partei beschließen und die zur Verlesung gelangende Resolution annehmen. (Beifall.)

Kaufmann Hermann Meyer (Vorstands-Mitglied) verlas hierauf folgende Resolution:

Der Verein der deutschen Fortschrittspartei in Posen stimmt dem Vorschlage des Central-Wahlkomites der deutschen Fortschrittspartei: die Fortschrittspartei und die Partei der liberalen Vereinigung zu einer Partei unter dem Namen der deutschen freisinnigen Partei zu verbinden, zu und beauftragt die zum Parteitag am 16. März des Jahres 1884 enttandten Delegirten, ihre Stimme in diesem Sinne abzugeben. Diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Zu Delegirten wurden gemäß dem Vorschlage des Vorstandes gewählt: Stadtrath Ferd. Schmidt, Kaufmann Ad. Kantorowicz, Kaufmann Hermann Meyer, Arzt Dr. Friedländer, Provinzialbank-Buchhalter Schneider, Gutsfabrikant Siegler.

Kaufmann Hermann Meyer wies alsdann darauf hin, daß nunmehr wohl der Name des Vereins der deutschen Fortschrittspartei geändert werden müsse, und beantragte: falls auf dem Parteitag am 16. d. M. die Verbindung beider liberalen Parteien zu Stande komme, und die Änderung des Namens der deutschen Fortschrittspartei beschlossen werde, schon heute den Vorstand des Vereins zu beauftragen, den Namen desselben entsprechend abzuändern. — Hiergegen sprechen sich Provinzialbank-Buchhalter Schneider, Kaufmann Siegfried Lichtenstein, Kaufmann Neuländer aus, und empfahlen: Der Vorstand möge nach Abhaltung des Parteitages eine zweite außerordentliche Generalversammlung berufen, welche alsdann darüber beschließen werde, welchen Namen nun ab der Verein der deutschen Fortschrittspartei führen wird. — Nachdem Kaufmann Hermann Meyer seinen Antrag zurückgezogen hatte, erklärte der Vorsitzende, daß nach dem Parteitag vom Vorstand eine zweite außerordentliche Generalversammlung zur Beschlussfassung über die etwaige Namensänderung berufen werden wird.

Damit erreichte die Versammlung nach halbstündiger Dauer ihr Ende.

r. In der Versammlung der Delegirten der polnischen Bauernvereine am 12. d. M. (s. Nr. 185 der „Posener Zeitung“) entwickelte sich eine besonders lebhafte Besprechung, an der viele ländliche Wirthschaft nahmen, über die Wechselwirtschaft, welche von dem Wirth Drajew in einem Vortrage gegenüber der beiden polnischen Wirthen meistens noch üblichen Dreiseitl. der Wirtschaft warm empfohlen wurde. Es wurde schließlich auch eine Resolution dahin angenommen, daß die Wechselwirtschaft zwar empfehlenswert sei, daß aber die Wirthschaft sich wohl bestimmen müßten, bevor sie zur Einführung derselben schritten; sie müßten verständigere Nachbarn oder den Vorstand des betr. ländlichen Vereins bitten, daß sie an Ort und Stelle sämen und sich davon überzeugten, ob mit Rücksicht auf den Boden die Wechselwirtschaft empfehlenswert sei. — Über die in Gjantau veranstaltete Ausstellung von Haussleih-Arbeiten berichtete hierauf Herr v. Jackowski und forderte die Anwesenden auf, sich diese Wollen- und Leinwand-Gemebe, welche von polnischen Frauen und Kindern in der Gegend von Gjantau angefertigt werden, und von denen mehrere Proben sich im Saale auf der Straße befanden, anzusehen; auch wurde ein polnischer Bauer, welcher ganz in derartigen Stoff gekleidet war, der Versammlung vorgestellt. Herr v. Jackowski nahm hierbei Veranlassung, das Betreiben derartiger Hausrat an den Anwesenden warm zu empfehlen. Zum Schluß empfahl derselbe noch den Anwesenden, wie im Vorjahr, sich gegen Feuerschaden zu versichern, wobei er darauf hinwies, daß von 6000 polnischen ländlichen Wirthen nur 319 versichert sind.

Militärisches.

— Wie die „Bresl. Blg.“ hört, wird das im Herbst stattfindende große Kavallerie-Manöver des V. und VI. Armeekorps der Inspekteure der Kavallerie, Prinz Friedrich Karl, während der ganzen Dauer der Übung selbst leiten. Die lombardische Kavallerie-Division des V. Armeekorps führt der Generalleutnant von Alvensleben, Kommandeur der 10. Division, und diejenige des VI. Armeekorps voraussichtlich der Generalleutnant Frhr. von Schleinitz, Kommandeur der 12. Division. Über das Operationsterrain verlautet zwar noch nichts bestimmtes, gerüchteweise bezeichnet man aber als solches die Gegend um Bojanowo.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Wien, 13. März. [Ausweis der Karl-Ludwigsbahn] (gekennzeichnetes Blatt) vom 1. bis 10. März 285 484 fl. Mehreinnahme 3166 fl. die Einnahmen des alten Netzes betrugen in derselben Zeit 232 716 fl. Mindereinnahme 5033 fl.

** Wien, 12. März. Der Rechnungsabschluß der Elbthalbahn

